



Mildbader Tagblatt
Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Postbezogen im Inlande monatlich 1.70 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Girokonto Nr. 56 bei der Oberamtskasse Reutlingen Zweigstelle Wildbad. - Dankkonto: Enzthalbank Jägerle & Co., Wildbad; Wörthheimer Gemeindefabrik Wildbad. - Postfachkonto 281 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. - Kleinanzeigen 50 Pf. Platz nach Tarif. Für Offerten und bei Anfertigung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. - Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. - In Kontostellen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 88, Telefon 479. - Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 210

Februar 479

Mittwoch den 8. September 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

Nur eine Mittelernie

Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrats

Die Erntevorschätzung der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat vom 15. August, der im Gegensatz zu den früher liegenden amtlichen Schätzungen bereits Probedrusche zugrunde liegen, zeigt wieder einmal, daß eine Ernteschätzung, die ohne Probedrusche vorgenommen wird, besonders dann von verhältnismäßig geringem Wert ist, wenn in den folgenden Wochen der Erntebewertung ungünstiges Wetter die Ertragsaussichten stark verschlechtert. Gegenüber der amtlichen Augustschätzung ist durchweg eine Verschlechterung festzustellen. Legt man dem Vergleich gar die endgültigen Ernteziffern des Vorjahrs zugrunde, dann ist in diesem Jahr bei allen Getreidearten, mit Ausnahme des Hafers, eine mehr oder minder große Verschlechterung festzustellen. Winterweizen, Sommerweizen und Wintergerste zeigen gegenüber dem Vorjahr besonders große Einbußen. Nach dem bisherigen Bild dürfte man in Nord-, West- und Mitteldeutschland mit mittelmäßigen bis guten Erträgen, in Ost- und Süddeutschland dagegen teilweise sogar mit unbefriedigenden Erträgen rechnen können.

Im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen die gegenüber den ursprünglichen Erwartungen eingetretenen Ausfälle beim Brotgetreide. Während die amtliche Schätzung beim Winterweizen mit 21,0, beim Sommerweizen mit 20,7 Doppelzentnern je Hektar gerechnet hatte, melden die Ziffern der Preisberichtsstelle nur noch 19,0 bzw. 18,9 Dz. Es ergibt sich also eine stark veränderte Lage der Weizenversorgung; entgegen der ursprünglich erwarteten Erntemenge von 4,5 Mill. Tonnen wird man jetzt kaum mit einer über 4,2 Mill. T. hinausgehenden Weizenmenge rechnen können. Unter diesen Umständen werden die befürchteten Unterbringungs Schwierigkeiten der deutschen Weizenerte in erheblicher Stärke eintreten, sofern die Landwirtschaft unter Ausnutzung der vorhandenen Erntefinanzierungsmöglichkeiten eine vorsichtige „Fütterung des Marktes“ vornimmt. Befürchtungen wegen etwaiger Versorgungsschwierigkeiten brauchen jedoch nicht gehegt zu werden, da die gesumme Kaufkraft der Bevölkerung erfahrungsgemäß einen nicht unerheblichen Rückgang des Weizenverbrauchs zur Folge haben wird. Es wird also keinerlei Anlaß, die bisherigen Maßnahmen zur Stärkung der Weizenwirtschaft abzuändern, man sollte vielmehr annehmen, daß infolge der vielfach eingetretenen Qualitätsminderung des deutschen Weizens für die Mühlen jetzt ein verstärkter Anreiz besteht, sich durch rechtzeitige Ausfuhr von deutschem Weizen die Möglichkeit zur Eindeckung mit ausländischem Weizen zu sichern, um über die etwa benötigten Mengen zum Ausgleich zu verfügen.

Beim Winterroggen ergibt die Erntevorschätzung des Deutschen Landwirtschaftsrats nur 15,6 Dz. je Hektar gegenüber 16,4 Dz. bei der amtlichen Vorschätzung am 1. August. Danach wird man annehmen können, daß die diesjährige Roggenerte 6,7 Millionen T. nicht wesentlich überschreiten wird. Infolgedessen wird ein Roggenproblem in dem gleichen Sinn wie in dem letzten Jahr kaum vorhanden sein, zumal nennenswerte Roggenbestände alter Ernte nicht vorhanden sind. Besonders ungünstige Roggenerte verzeichnen Ostpreußen, Teile von Pommern, die Grenzmark, Bayern, Württemberg und Baden, deren Hektarerträge zwischen 10,7 und 13,4 Dz. schwanken. Günstigere Ergebnisse als der Durchschnitt melden Sachsen mit 18,5, die Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Kassel, Wiesbaden, die Rheinprovinz, Brandenburg et Erträgen, die zwischen 16,6 und 17,6 Dz. liegen.

Wintergerste verzeichnet Erträge von 20,1 Dz. je Hektar gegenüber 22,4 Dz. bei der Vorschätzung. Sommergerste 17,4 Dz. je Hektar gegenüber 19,1 Dz. bei der Vorschätzung. Dem geringen Ausfall der Gerstenernte kommt um so größere Bedeutung zu, weil in diesem Jahre kaum mit einer zusätzlichen Roggenverfütterung gerechnet werden kann.

Der Hafer zeigt mit 18,7 Dz. je Hektar gegenüber 19,6 Dz. zwar ebenfalls eine Verschlechterung, so daß die erwartete Hafenernte von 6,3 Mill. T. kaum erreicht werden wird, trotzdem wird aber der inländische Bedarf die Hafenernte nicht aufnehmen können. Die am Weltmarkt vorhandenen Möglichkeiten für die Unterbringung des deutschen Hafers können nur bei einer entsprechenden Unterstützung der deutschen Haferausfuhr ausgenutzt werden. Diese würde zweifellos bei einer zweckentsprechenden Heranziehung des Einfuhrbedarfs ausländischer Gerste durchführbar sein.

Die jetzt festgestellten Kartoffelerträge von 154,6 Dz. je Hektar lassen eine Gesamternte von rund 43 Mill. T. erwarten. Das sind also etwa 10 Proz. weniger als die vorjährige Rekorderte. Da bei der nassen Witterung damit zu rechnen ist, daß ein Teil der Ernte durch die Rasse gelitten hat und deshalb nicht zu Speisewecken verwendet werden kann, wird man rechtzeitig die notwendigen Vorbereitungen für eine möglichst umfangreiche industrielle Verarbeitung schaffen müssen. Baldige Festsetzung des Anbauvertrags und die Erhebung der Beihilfungs-

Tagespiegel

Die deutschnationale Fraktion hat im preussischen Landtag eine Anfrage wegen der Dienstentlassung preussischer Landräte, die für den Volksentscheid gestimmt haben, eingebracht. Die Maßregelung sei ein offener Bruch der Verfassung.

Im Reichsausschuß der Wirtschaftspartei wurde der Parteifriede wieder hergestellt. An Stelle des zurückgetretenen Vorsitzenden Drewitz tritt eine Parteileitung, die aus dem früheren Reichsjustizminister Dr. Weber, dem früheren sächsischen Staatsminister Dr. Weber, dem Reichstagsabg. Kollath-Berlin und dem Stadtrat Kockel-Magdeburg, Mitglied des Reichsrats, besteht.

Die Sondertagung des britischen Parlaments, die wichtigste seit dem Krieg, wurde am Dienstag 2.45 Uhr für das Unterhaus und 4.15 Uhr für das Oberhaus eröffnet.

In der ersten Unterhausführung legte Mac Donald in längerer Rede dar, die Bildung einer nationalen Regierung unter Hinzufügung aller Parteirückständigen sei bei der außerordentlich ersten Lage eine Notwendigkeit gewesen. Ein Sturm sei im Anzug gewesen, der, wenn er nicht durch einmütiges energisches Handeln abgewendet werde, viele Trümmern hinter sich lassen würde. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Henderson. Angesichts des von den amerikanischen Banken betätigten großartig guten Willens sollten die Vorwürfe, als hätten die Banken den britischen Staat beeinflusst, verstummen, namentlich bei denen (Mac Donald sieht Henderson scharf an), die Erfahrung in der Führung auswärtiger Angelegenheiten haben. Auf einen Zuruf aus der Opposition erklärt Mac Donald, er werde eine Gehaltsverminderung von 20 000 Mk. zu fragen haben. Mac Donald erklärte, die Regierung werde die Vertrauensfrage stellen. - Die Arbeiterpartei befindet sich wieder auf den Oppositionsbänken, während Konservative und Liberale die Regierungsbänke einnehmen.

Die Indische Konferenz „am runden Tisch“ wurde am 7. September im St. Jamespalast eröffnet. Gandhi wird erst Ende der Woche eintreffen.

Wegen Ablehnung der Lohnerhöhung und des 7stündigen Arbeitstags durch die Arbeitgeber sind in der Provinz Leon (Spanien) 6000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten.

Quote von Spiritus zu Treibstoffen sind unerlässliche Voraussetzungen.

Die gleichzeitig mit der Erntevorschätzung von der Preisberichtsstelle nachmals erhobenen Getreidebestände aus alter Ernte ergeben mit Ausnahme des Hafers unerhebliche Riffern. Die noch vorhandene Hafermenge von etwa 275 000 T. ist nichts Ungewöhnliches.

Der am 15. August erhobene Stand der Zuckerrüben zeigt gegenüber dem Vormonat in Württemberg, Thüringen und Mecklenburg erhebliche Verschlechterungen. In Niederschlesien, Anhalt und Braunschweig erhebliche Verbesserungen.

Neue Nachrichten

Die Notverordnung zum Stillhalteabkommen

Berlin, 8. Sept. Bei der bevorstehenden Notverordnung zum Stillhalteabkommen handelt es sich um folgendes: Bekanntlich sind die Stillhalteabkommen noch nicht alle abgeschlossen, da sich bei einzelnen Ländern noch gewisse Schwierigkeiten ergeben haben. Inzwischen haben gewisse ausländische Banken den Versuch gemacht, sich von deutschen Schuldnern Sicherheiten geben zu lassen. Da man die gutwilligen Gläubiger nicht schlechter stellen kann als die nichtwilligen, so wird die Notverordnung vorschreiben, daß solche Sicherheiten nicht ohne Einwilligung der Reichsbank gegeben werden dürfen. Ferner sollen Vorkehrungen getroffen werden, die für den Augenblick notwendig sind, in dem die Stillhalteabkommen abgeschlossen werden. Daher sollen gewisse gesetzliche Lücken, die sich nach dem endgültigen Abschluß der Stillhalteabkommen zeigen werden, auf Grund der Notverordnungs-Ermächtigung ausgefüllt werden.

4,2 Millionen Arbeitslose

Berlin, 8. Sept. Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern rund 4 195 000 Arbeitslose gemeldet; die Zunahme gegenüber dem vorhergehenden Stichtag belief sich auf rund 91 000. Am 31. August wurden nach den vorläufigen Zahlen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung rund 1 281 000 (15. August 1 225 000), in der Arbeitslosenversicherung rund 1 095 000 (rd. 1 055 000) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten belief sich Ende Juli auf rund 1 063 000.

Die Landwirtschaft bot in einzelnen Teilen des Reichs dem Arbeitsmarkt noch eine gewisse Entlastung. Im Steinkohlenbergbau hat sich die Arbeitsmarktlage weiter ver-

schlechtert. Die Schwierigkeiten im Baugewerbe haben zum Teil auch infolge des ungünstigen Wetters noch weiter zugenommen.

Keine Notverordnung für den Einzelhandel

Berlin, 8. Sept. In einem Berliner Blatt ist ausgeführt worden, die Reichsregierung plane eine Notverordnung für den Einzelhandel. Halbamtlich wird dazu bemerkt, daß zur Zeit lediglich Vorschläge des Einzelhandels bei den zuständigen Stellen vorliegen. Vertreter des Einzelhandels haben kürzlich beim Reichskanzler und beim Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Trendelenburg, ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht. Von amtlicher Seite seien bisher verbindliche Zusagen noch nicht gegeben worden.

Dieterichs Siedlungsplan

Berlin, 8. Sept. Nachdem der bisherige Plan, städtische Arbeiter auf dem Land anzusiedeln, vollständig selbsteingeschlagen ist, weil die Siedler sich nicht mehr an die ländlichen Verhältnisse gewöhnten und die Siedlungen bis auf einen kleinen Teil wieder vorliegen, macht Reichsfinanzminister Dieterich einen neuen Siedlungsplan. Diese Siedlungen sollen in nächster Nähe der Städte auf städtischem und staatlichem Boden errichtet werden und aus einem ganz einfachen Haus (Kosten je 2000 Mark) und 2-4 Morgen Land bestehen. Dazu kommt ein Pauschalbetrag von 500 Mark für die erste Einrichtung. Alle Besitztümer, die mit dieser Siedlung in Zusammenhang stehen, sollen von den öffentlichen Abgaben, besonders von Wertzuwachs- und Umsatzsteuer befreit sein. Reich, Länder und Gemeinden sollen verpflichtet sein, Siedlungsland, soweit sie dazu in der Lage sind, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das erforderliche Holz sollen die staatlichen Forsten liefern. Der Pächter, dem ein Erwerbsrecht offengehalten wird, soll verpflichtet sein, beim Hausbau mitzuarbeiten, im übrigen sollen Erwerbslose zu den Arbeiten herangezogen werden, die außer der gewöhnlichen Unterstützung freie Fahrt und Verpflegung erhalten sollen. Mit 200 Millionen Mark, die auch der Hauszinssteuer zu entnehmen wären, glaubt Dieterich 100 000 Siedler bis zum nächsten Frühjahr unterbringen zu können; die Siedler sollen aber ihre Erwerbslosenunterstützung bis zur nächsten Ernte oder bis 31. Dezember 1932 weiter beziehen. Für dieses Siedlungswesen soll ein neues Amt des Reichs-Siedlungskommissars mit den verschiedenen Unterstellen, sowie einem Beirat aus Reichs- und Landesämtern geschaffen werden.

Der Reichsfinanzminister will seinen Plan durch Notverordnung sofort in Angriff nehmen. Ob diese Art Siedlung dauernd mehr Erfolg haben würde als das erste System der Landfindung muß abgewartet werden. Jedenfalls würde die neue Siedlung nicht weniger kostspielig sein als die erste.

Die deutsche Volkspartei gegen Curtius

Emden, 8. Sept. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Leer erklärte Reichstagsabgeordneter Hinemann, es sei unbefriedigend, daß die Politik der Reichsregierung in der Frage der Zollunion eine schwere Niederlage erlitten habe und daß die Haltung des deutschen Vertreters in Genf ungeschickt gewesen sei. Nicht parteipolitische, sondern staatspolitische Interessen fordern, daß die für diesen Mißerfolg Verantwortlichen zurückerufen. (Curtius gehört der D.D.P. an.) Wenn der Reichskanzler sich nicht entschließen könne, offen entweder mit Rechts oder Links zu regieren, so bleibe nur die weitere Ausschaltung des Parlaments. Die Deutsche Volkspartei sei bei der gegenwärtigen Form des Regierens nicht mehr in der Lage, die Verantwortung mit zu tragen. In der nächsten Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei werde zu dieser Frage Stellung genommen werden.

Keine Anschließungsverhandlungen Anhalts

Deßau, 8. Sept. Gegenüber der Meldung des „Anhalter Anzeigers“, der anhaltische Minister Weber sei für einen Anschluß an Preußen tätig, erklärt das Staatsministerium, daß dies nicht der Fall sei. Ueber diese Frage könne vorläufig überhaupt nicht verhandelt werden, weil im gegenwärtigen Zeitpunkt die zu einer solchen Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit gar nicht vorhanden sei.

Verstärkter Finanznot in Baden

Karlsruhe, 8. Sept. Im Landtag wurde zur Begründung des vor zwei Monaten erlassenen badischen Notgesetzes eine Regierungserklärung verlesen, daß trotz der scharfen Sparmaßnahmen und einer Sonderkürzung der Beamtenbezüge um 5 v. H. die Finanzlage sich weiter derart verschlechtert habe, daß die Einnahmen des Landes allein an Reichs- und Landessteuern um etwa 8-10 Mill. Mk. hinter den rechnungsmäßigen Grundlagen des Notgesetzes zurückbleiben werden. Was sonst an Einnahmehausfällen zu erwarten sei, stehe noch nicht fest. Weitere einschneidende Einsparungen seien notwendig, um das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen. Die Staatsaufsicht





